

Banken drehen Quelle den Hahn zu

Kategorie: Deutschland

Veröffentlicht: Donnerstag, 22. Oktober 2009 23:04

23.10.09: Bis über die Bundestagswahl wurden die Hoffnungen genährt. Politiker haben mit den Menschen bei Quelle gespielt, um Wählerstimmen zu fangen. Wie auch Thomas Middelhof, Chef des Mutterkonzerns Arcandor, mit der Belegschaft gespielt hatte. Ihm ging es ums Geld. Der Geldjongleur hatte die Warenhäuser des Konzerns an Immobilienfonds verkauft, an denen er persönlich beteiligt ist. Dieser Immobilienfond wiederum verpachtete die Gebäude zu außergewöhnlich hohen Mieten an den Karstadt-Konzern zurück. Arcandor und die Töchter Karstadt und Quelle wurden ausgesaugt.

Betriebsrat und Belegschaft - der Sozialpartnerschaft im Hause Quelle verhaftet - machten Zugeständnis über Zugeständnis. Immer in der Hoffnung, Arbeitsplätze retten zu können. Jetzt haben die Banken der Quelle den Geldhahn zugedreht. Das Aus für das Traditionshaus Quelle.

Insolvenzverwalter Klaus Hubert Görg nannte als ausschlaggebenden Grund für die Pleite, dass es zu keiner Einigung über die Finanzierung des Versandgeschäfts gekommen ist. Beim Versandgeschäft gibt Quelle die Forderungen des Unternehmens an seine Kunden an eine Bank weiter. Diese finanziert die offenen Beträge gegen Provision vor. Die Quelle-Hausbank Valovis wies die Schuld für den Quelle-Crash der Commerzbank und der BayernLB zu. Diese hätten sich geweigert in Vorleistung zu treten. Ausgerechnet die Bayern LB und die Commerzbank, die selbst nur mit Staatsgeldern überleben, haben Quelle die Rettung versagt.

Dieses Beispiel zeige einmal mehr, so der DKP-Vorsitzende Stehr, dass der Regierungsplan zur Sanierung des Bankensystems nicht funktioniere. „Die Banken erhalten Milliarden Steuergelder. Aber der Kreditfluss kommt nicht in Gang. Die Banken vergeben keine Kredite, wenn es um die Rettung von Arbeitsplätzen geht. Sie nutzen die öffentlichen Mittel, um im Interesse ihrer Aktionäre ihre Bilanzen zu reparieren. Deshalb muss das gesamte Bankensystem sofort verstaatlicht und unter öffentliche, demokratische Kontrolle gestellt werden.“

Regierung setzt auf Konzentration

Bundeskanzlerin Merkel und Wirtschaftsminister Guttenberg hatten bereits im Juni, als der Mutterkonzern Arcandor Insolvenz anmeldete, ihre Ablehnung einer Rettung kundgetan. Sie setzten darauf, dass die lukrativen Teile von Quelle von Finanzinvestoren übernommen werden. Auch der Hamburger Otto-Versand hat bereits Interesse am Auslandsgeschäft von Quelle angemeldet.

Die Karstadt-Warenhäuser soll der Handelsriese Metro übernehmen. Metro-Chef Cordes will 60 der insgesamt 92 Kaufhäuser der Konkurrenz schlucken. Metro würde auf diese Weise einen Konkurrenten beseitigen und könnte mit seiner Kaufhof-Kette die Welt der Warenhäuser in den Innenstädten dominieren. Außerdem hätte Metro auf diese Weise Immobilien in attraktiven Lagen für seine expandierenden Saturn- und Mediamarkt-Filialen erworben. Nach den bisher bekannten Fusionsplänen sollen Karstadt und Kaufhof zu einer "Deutschen Warenhaus AG" unter Kaufhof-Führung zusammen gelegt werden. Karstadt und Kaufhof kommen insgesamt auf mehr als 200 Filialen. Metro-Berechnungen zufolge werden vermutlich rund 40 Warenhäuser auf der Strecke bleiben. Neben 30 Karstadt-Häusern dürften aber auch 10 Kaufhof-Filialen wegfallen. Zehntausende Beschäftigte müssen diesen Deal mit ihrem Arbeitsplatz bezahlen.

Tausende verlieren bei Quelle ihren Job

Bereits zum 1. November wird Tausenden Mitarbeitern des größten Versandhändlers

gekündigt. Wie viel insgesamt betroffen sein werden, ist noch offen. Die Schätzungen schwanken zwischen 5.000 und mehr als 10.000. Hinzu kommen viele Hunderte Jobs bei Quelle Zulieferern oder Logistik-Unternehmen wie der DHL.

Schmeißt die Chefs raus!

„Schmeißt die Chefs raus!“, hatte die DKP bereits im Sommer gesagt, als Beschäftigte von Karstadt und Quelle für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstrierten. Jetzt erklärte der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr in einer Solidaritätsadresse an die KollegInnen bei Quelle: „Wenn die Kapitalvertreter, die in Jahrzehnten Riesenprofite erwirtschafteten, jetzt keinen Sinn mehr sehen in der Weiterführung der Produktion, dann muss die Frage diskutiert werden, dass der Betrieb in öffentliches gesellschaftliches Eigentum überführt wird. Eure Produkte sind gerade für jenen Teil der Bevölkerung interessant gewesen, die auf den Pfennig schauen mussten. Als DKP fordern wir deswegen: Überführung der Quelle GmbH in gesellschaftliches Eigentum. Kontrolle aller betrieblichen Bereiche durch Vertreter der Belegschaften, der Gewerkschaften, der Öffentlichkeit und durch demokratische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Erstellung eines Konzeptes zur Sicherung aller Arbeitsplätze und Standorte. Ein solches Konzept wird allerdings nur dann durchsetzungsfähig sein, wenn vor allem die organisierte Arbeiterbewegung in den Gewerkschaften branchenübergreifend bereit ist, für ein solches Konzept auch durch andere Kampfmaßnahmen als bisher einzutreten.“

Gemeinsam aufstehen

Die Region Nürnberg/Fürth wird durch die Pleite von Quelle zur wirtschaftlichen Katastrophenregion: Im Jahr 2003 haben 1.300 KollegInnen bei Grundig ihre Jobs verloren, dann drei Jahre später 1.750 bei der Schließung von AEG. 3.700 Menschen haben schon ihren Job bei Quelle verloren. Nun folgen 4.000 weitere Quelle-Mitarbeiter und Hunderte Beschäftigte bei Zulieferern. „Es ist Zeit, dass diese Region gemeinsam aufsteht“, sagt der Nürnberger IG Metall Bevollmächtigte Jürgen Wechsler. Allein in der Nürnberger Metall- und Elektroindustrie sind derzeit 26.000 Beschäftigte in Kurzarbeit. Schlimmstenfalls drohe hier ein Verlust von 10.000 Arbeitsplätzen, befürchtet der Metaller. „Hier droht ein Arbeitsplatz-Tsunami“, sagte Wechsler. Er fordert neben den aktuellen Hilfen für die Quelle-Betroffenen „ganz schnell Strukturhilfen von der Staatsregierung“.

Der Sprecher der DKP Nordbayern, Gustl Ballin, sagte: „Über die aktuelle Rettung von Quelle hinaus müssen die Weichen zur Stärkung der Binnenwirtschaft gestellt werden. Und dies bedeutet: sofortige Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohnes von 10 Euro, Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf eine Höhe über der Armutsgrenze, Weg mit Hartz IV. Notwendig ist ein Zukunftsinvestitionsprogramm unter dem Motto „Der Mensch geht vor Profit“. Mit diesem Programm muss mit dem sozialen und ökologischen Umbau des Produktions- und Konsumtionsmodells und der Schaffung von Arbeitsplätzen in Bereichen wie Erziehung, soziale Dienste und Infrastruktur begonnen werden.“

Text: Im

Foto: Olaf S

siehe auch: [Kaufhaus-Monoploy](#)

siehe auch: [Nach dem Quelle-Aus: Suche nach Perspektiven](#) (ver.di 23.10.2009)